

Input: Veronika Litschel, AK-Rätin AUGÉ/UG

AK 3: Liberalisierung sozialer Dienstleistungen und Wettbewerb in der sozialen Arbeit

Thesenpapier

Liberalisierung sozialer Dienstleistungen
Veronika Litschel

Entwicklungen in Österreich

- ursprünglich breite Kritik aus dem Bereich der Sozialen Arbeit an intransparenter Subventionsvergabe
- Soziale Dienstleistungen finden in einem gewachsenen Sektor im Wohlfahrtsdreieck statt
- Zunehmende Ausgliederungen von Verwaltungseinheiten und Auftraggebern
- Großer Einschnitt: Bundesvergabegesetz
- Veränderungen der Sozialpolitik hin zum „aktivierenden Sozialstaat“ mit massiven Auswirkungen auf die soziale Arbeit

Europäische Ebene

- „Unterstützung“ der Ausgliederungstendenzen durch Konvergenzkriterien
- ungebrochener Wettbewerbsglaube der EntscheidungsträgerInnen innerhalb der Europäischen Union
- Dienstleistungsrichtlinie als verpasste Chance den Stellenwert und Sonderstatus der Sozialen Arbeit innerhalb des Dienstleistungssektors anzuerkennen
- Reformvertrag als verpasste Chance für ein europäisches Sozialmodell mit ausgeprägtem Handlungsfeld der Sozialen Arbeit

Auswirkungen

- Rollenkonflikt von Sozialen Einrichtungen durch Wettbewerbsorientierung und Preisdruck
- Kriterium der Gemeinnützigkeit verliert sowohl im Bereich der sozialen Dienstleistungen als auch gesamtgesellschaftlich an Bedeutung
- Eigentlicher Wettbewerb findet zwischen ungleichen PartnerInnen statt
- Gratwanderung zwischen politischer AkteurIn und Wettbewerbsdruck
- Soziale Arbeit droht ihre anwaltliche Stellung zu verlieren und zur Erfüllungsgehilfin eines „aktivierenden Sozialstaates“ bzw. der Verwalterin des Mangels zu werden

Ausblick/Diskussion

- Reflektion der Rolle der Sozialen Arbeit zwischen Erfüllungsgehilfin politischer Vorgaben und der sozialanwaltlichen Funktion von Sozialer Arbeit in unserem System der sozialen Sicherung
- Repolitisierung Sozialer Arbeit ist notwendig
- Entwicklung eines gemeinsamen Bildes von Sozialstaatlichkeit innerhalb des sozialen Dienstleistungssektors
- Erlauben die Verweigerung zumindest zu denken

Herausforderung auf politischer Ebene

- Verantwortung für die Erbringung von sozialen Dienstleistungen wieder der demokratischen Kontrolle und dem demokratischen Entscheidungsprozess unterwerfen
- Partizipative Ansätze und Elemente in den sozialen Dienstleistungen stärken